

Die DVP im Januar 2019/Inhaltsverzeichnis

Abhandlungen

Benjamin Lindner

Ethik und Verwaltung: Zur Relevanz der Verwaltungsethik für die Vermittlung ethischer Kompetenz am Beispiel der Verwaltung 4.0 3

Warum ist die Ethik für die öffentliche Verwaltung relevant? Der vorliegende Aufsatz soll ein Denkanstoß sein, sich mit dieser Frage näher zu beschäftigen. Der Aufbau ist eine Variation des klassischen Fünfsatz-Schemas. In der Einleitung wird zunächst die Konzeption erläutert, um Orientierung zu geben. Anschließend werden Informationen zu den Aufgaben und Zielen der Verwaltungsethik gegeben. Vor diesem Hintergrund werden Thesen zur Relevanz der Ethik für die öffentliche Verwaltung erörtert. Im vierten Schritt werden Grundsätze für die Vermittlung ethischer Kompetenz abgeleitet. Der Epilog ist als Fazit und Ausblick gestaltet, um die zentralen Ergebnisse festzuhalten und Ansätze für deren Weiterentwicklung aufzuzeigen.

Wolfgang Mosbacher

Bericht aus Berlin 10

Dieser Bericht umfasst die BGBl. I Nr. 53 bis 80 aus dem Jahr 2017 sowie Nr. 1 bis 39 aus dem Jahr 2018 und schließt an den letzten Bericht aus Berlin an, vgl. dazu Mosbacher DVP 2017, 417.

Angesprochen werden die Änderung des Personenstandsrechts, das Gesetz über gewerbliche Immobilienmakler und Wohnimmobilienverwalter, das Gesetz zur Verlängerung der Aussetzung des Familiennachzugs zu subsidiär Schutzberechtigten, die Änderung des Asylgesetzes, das Gesetz zur Änderung des Zensusvorbereitungsgesetzes 2021, das Planungsbeschleunigungsgesetz, die Änderung des Atomgesetzes (Ausgleichsansprüche der Energieversorger) sowie die Änderungen des Tiergesundheitsgesetzes und des Bundesjagdgesetzes.

Felix Koehl

Das Protokoll im Verwaltungsprozess 12

Über jede mündliche Verhandlung bzw. jede Beweisaufnahme im Verwaltungsprozess muss ein Protokoll gefertigt werden, das auch Niederschrift genannt wird. Die Protokollierungsvorschriften sind von zentraler Bedeutung, da dem Protokoll eine besondere Beweiskraft zukommt.

Das Protokoll ist zentral für die Nachprüfung der gerichtlichen Entscheidung durch eine höhere Instanz. Die Beteiligten, also sowohl der in der Regel klagende Bürger als auch in der Regel der Behördenvertreter auf der Beklagenseite, müssen schon in eigenem Interesse Protokollierungsvorschriften kennen und darauf achten, dass das Protokoll in ihrem Sinne ausfällt. Der Beitrag stellt die wichtigsten Protokollierungsvorschriften dar und enthält Hinweise für Behördenvertreter, auf welche Protokollinhalte aus Beklagensicht unbedingt zu achten ist.

Peter Eichhorn

Das Ehrenamt 18

Dieser Artikel befasst sich – nicht nur ernsthaft – mit den Beweggründen zur Übernahme eines Ehrenamtes sowie den sich daraus ergebenden Folgen für den ehrenamtlich Tätigen sowie die Bedeutung für die Gesellschaft.

Peter Becker

Keine Stadthalle für verfassungsfeindliche Parteien? 21

Parteien, die zwar verfassungswidrige Ziele verfolgen, jedoch noch weit davon entfernt sind, diese auch umzusetzen, können danach zwar nicht verboten werden. Solche Parteien können aber z.B. von der Parteienfinanzierung ausgeschlossen werden.

Der Beitrag befasst sich mit der Frage, ob eine entsprechende Differenzierung auch bei der Überlassung kommunaler Versammlungsstätten möglich ist, auf die grundsätzlich ein Anspruch im Rahmen der Gleichbehandlung (§ 5 Abs. 1 PartG) besteht.

Fallbearbeitungen

Elke Scheske

Die Einreise der Anna Smirnowa in die BRD – Teil 2 26

Im Anschluss an die Online-Fallbearbeitung aus der DVP 12/2017, S. 502 geht es nunmehr um den Antrag der Klägerin auf Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung und um die Verpflichtungsklage der Adressatin auf Erteilung der begehrten Aufenthaltserlaubnis.

Rainer Gebhardt/André Perthes

Fallbearbeitung: Verwaltungsmanagement und Organisation 28

Gegenstand dieser Fallbearbeitung sind u.a. die Begriffe Prozess und Prozessmanagement, die unterschiedlichen Prozessebenen sowie die Phasen des Prozessmanagementzyklus.

Eckart Wehser

Eine Ausbürgerung mit und eine ohne Folgen 33

Bei dieser Klausur aus dem Staats- und Verwaltungsrecht geht es um die Erfolgsaussichten einer Klage gegen die Rücknahme einer Einbürgerung. Im Rahmen einer Alternative sind auch die möglichen Folgen einer Doppelehe und die Hinnahme der Staatenlosigkeit zu prüfen.

Rechtsprechung

Zur Zulässigkeit staatlichen Informationshandelns (BVerfG, Beschluss vom 21.03.2018 – 1 BvF 1/13) 38

Polizeiliche Gefährderansprache (VGH Mannheim, Urt. v. 7.12.2017 – 1 S 2526/16) 41

Anforderungen an eine Rechtsbehelfsbelehrung (VG Köln, Beschluss vom 06.02.2017 – 8 L 2129/16.A) 44

Notwehr gegen rechtswidriges Handeln von Hoheitsträgern (BGH, Urteil vom 09.06.2015 – 1 StR 606/14) 45

Schrifttum

47

Die Schriftleitung

Diese Ausgabe der Zeitschrift enthält eine Beilage des Erich Schmidt Verlag.
Wir bitten um freundliche Beachtung!

Diese Ausgabe der Zeitschrift enthält eine Beilage der Fa. Haufe-Lexware GmbH & Co. KG.
Wir bitten um freundliche Beachtung!